



Der Heilige Stuhl

BOTSCHAFT VON PAPST FRANZISKUS AUS ANLASS DER VOLLVERSAMMLUNG DER PÄPSTLICHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

*An Frau Prof. Margaret Archer,
Präsidentin der Päpstlichen Akademie
der Sozialwissenschaften*

Aus Anlass der Vollversammlung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften zum Thema »Für eine partizipative Gesellschaft: neue Wege zur sozialen und kulturellen Integration« richte ich meinen dankbaren Gruß an Sie, sehr verehrte Frau Professor, an Bischof Marcelo Sánchez Sorondo sowie an jeden Teilnehmer. Mit der Ihnen eigenen Professionalität und Kompetenz haben Sie beschlossen, eine Frage zu untersuchen, die mir sehr am Herzen liegt: die Frage der sozialen Partizipation. Wir können zu Recht sagen, dass die Gesellschaft in erster Linie ein Partizipationsprozess ist: Partizipation in Bezug auf Güter, Rollen, Status, Vor- und Nachteile, Nutzen und Ämter, Verpflichtungen und Pflichten.

Die Menschen sind Partner, das heißt sie »partizipieren« in dem Maße wie jeder seinen »Part« spielt, da die Gesellschaft die Aufgaben verteilt. Weil die Gesellschaft aufgrund des wechselseitigen Austauschs eine partizipative Realität ist, müssen wir sie uns zugleich als unteilbares Ganzes wie auch als System der Beziehungen zwischen Personen vorstellen. Gerechtigkeit kann dann als Tugend der Individuen und der Institutionen verstanden werden, die – unter Achtung der legitimen Rechte – auf die Förderung des Wohls derer abzielt, die an ihr teilhaben.

1. Ein erster Aspekt, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, ist die heute notwendige Erweiterung des traditionellen Begriffs der Gerechtigkeit, die nicht eingeschränkt werden darf auf den distributiven Aspekt des Wohlstands, sondern die bis zum Aspekt seines Entstehens vordringen muss. Das heißt, es reicht nicht aus, »den gerechten Lohn für den Arbeiter« zu fordern, wie uns dies *Rerum novarum* (1891) nahelegte. Man muss sich auch fragen, ob der Produktionsprozess unter Achtung der Würde der menschlichen Arbeit abläuft oder nicht; ob er die grundlegenden Menschenrechte berücksichtigt oder nicht; ob er mit dem Sittengesetz übereinstimmt oder nicht. Bereits in *Gaudium et spes* ist unter Nr. 67 zu lesen: »Der ganze

Vollzug werteschaffender Arbeit ist daher auf die Bedürfnisse

der menschlichen Person und ihrer Lebensverhältnisse auszurichten.« Die Arbeit ist kein bloßer Produktionsfaktor, der sich als solcher den Notwendigkeiten des Produktionsprozesses anzupassen hat, um dessen Effizienz zu steigern. Im Gegenteil: Der Produktionsprozess muss so organisiert werden, dass er das menschliche Wachstum der Personen und die Harmonie von Arbeitszeit und Familienleben erlaubt. Es ist die Überzeugung notwendig, dass ein solches Projekt in Zeiten der heutigen zum Teil post-industriellen Gesellschaft umsetzbar ist, wenn man dies nur will. Daher fordert die kirchliche Soziallehre immer wieder dazu auf, Wege zu finden, um die Geschwisterlichkeit als regulatives Prinzip der Wirtschaftsordnung in der Praxis anzuwenden. Wo andere Denkrichtungen nur von Solidarität sprechen, spricht die kirchliche Soziallehre eher von Geschwisterlichkeit, da eine geschwisterliche Gesellschaft auch solidarisch ist, während das Umgekehrte nicht immer gilt, wie das zahlreiche Erfahrungen bestätigen. Wir sind daher aufgerufen, dem Irrtum der zeitgenössischen Kultur Abhilfe zu schaffen, der glauben ließ, dass eine demokratische Gesellschaft Fortschritte machen kann, während sie den Kodex der Effizienz – der allein ausreichen soll, die Beziehungen der Menschen innerhalb der Sphäre des Wirtschaftlichen zu regeln – vom Kodex der Solidarität trennt, der die zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der Sphäre des Sozialen regeln soll. Diese Dichotomie ist es, die unsere Gesellschaften hat verarmen lassen.

Das Schlüsselwort, das heute mehr als jedes andere die Notwendigkeit zum Ausdruck bringt, diese Dichotomie zu überwinden, lautet: »Geschwisterlichkeit«, »Brüderlichkeit«, ein dem Evangelium entstammender Begriff, den die Französische Revolution in ihrem Motto aufgegriffen und den die nach-revolutionäre Ordnung dann aus den bekannten Gründen aufgegeben hat – bis hin zu seiner Ausmerzung aus dem politisch-wirtschaftlichen Wortschatz. Das evangeliumsgemäße Zeugnis des heiligen Franziskus war es, das zusammen mit der an ihn anknüpfenden Denkschule diesem Begriff jene Bedeutung verliehen hat, die er dann im Laufe der Jahrhunderte beibehielt, das heißt zugleich Ergänzung und Steigerung des Solidaritätsprinzips zu sein. Denn während Solidarität das Prinzip der sozialen Angleichung ist, das den Ungleichen ermöglicht, gleich, das heißt ebenbürtig zu werden, ist Geschwisterlichkeit dasjenige Prinzip, das den Ebenbürtigen ermöglicht, unterschiedliche Personen zu sein. Die Geschwisterlichkeit erlaubt Personen, die ihrem Wesen, ihrer Würde, ihrer Freiheit und ihren Grundrechten nach ebenbürtig sind, je nach ihrer Fähigkeit, ihrem Lebensplan, ihrer Berufung, ihrer Arbeit oder ihrem Charisma des Dienens in unterschiedlicher Weise am Gemeinwohl zu partizipieren.

Von Anfang meines Pontifikates an habe ich darauf hingewiesen, »dass sich im Mitmenschen die kontinuierliche Fortführung der Inkarnation für jeden von uns findet« (Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium*, 179). Denn das Protokoll, nach dem wir gerichtet werden sollen, ist auf die Geschwisterlichkeit gegründet: »Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan« (Mt 25,40). Die hinter uns liegenden Zeiten, das 19. und vor allem das 20. Jahrhundert, waren gekennzeichnet von harten sowohl kulturellen als auch politischen

Auseinandersetzungen im Namen der Solidarität und der Rechte, und das war etwas Gutes, man denke an die Gewerkschaftsbewegung und an den Kampf zur Erlangung der zivilen und sozialen Rechte – Auseinandersetzungen, die heute keineswegs abgeschlossen sind. Größte Sorge bereitet heute der Ausschluss und die Ausgrenzung der Mehrheit von einer fairen Verteilung sowohl der Wirtschaftsgüter als auch immaterieller Güter wie Würde, Freiheit, Wissen, Zugehörigkeit, Integration, Frieden auf nationaler und globaler Ebene. Was in diesem Zusammenhang die Menschen am meisten leiden lässt und zur Auflehnung der Bürger führt, ist der Widerspruch zwischen der theoretischen Zusage gleicher Rechte für alle und der ungleichen, ungerechten Verteilung der Güter des Grundbedarfs für den größten Teil der Menschheit. Auch wenn wir in einer Welt leben, in der es Reichtum im Überfluss gibt, sind sehr viele weiterhin Opfer der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Ungleichheiten sind neben Machtkriegen und Klimawandel die Ursachen für die größte Zwangsmigration der Geschichte, von der über 65 Millionen Menschen betroffen sind.

Dann muss man auch an die zunehmende Tragödie der neuen Sklaverei in Form von Zwangsarbeit, Prostitution, Organhandel denken, die echte Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Es ist ein allarmierendes Symptom, dass der menschliche Leib heute ge- und verkauft wird, als wäre er eine Handelsware. Vor beinahe einhundert Jahren hat Pius XI. das Auftreten dieser Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten als Folge einer globalen wirtschaftlichen Diktatur vorausgesehen, die er »Imperialismus des internationalen Finanzkapitals« nannte (Enzyklika *Quadragesimo anno*, 15. Mai 1931, 109). Und 40 Jahre später prangerte Paul VI. »die neue, unzulässige Form wirtschaftlicher Macht« an, »und zwar auf dem sozialen Gebiet, in der geistigen Bildung und auch in der Politik« (Apostolisches Schreiben *Octogesima adveniens*, 14. Mai 1971, 44).

Der springende Punkt ist, dass eine partizipative Gesellschaft sich nicht mit dem Horizont bloßer Solidarität und Fürsorge zufrieden geben darf. Denn eine nur auf Solidarität und Wohlfahrt gegründete Gesellschaft, die nicht auch geschwisterlich ist, wäre eine Gesellschaft von unglücklichen und verzweifelten Menschen, aus der jeder zu fliehen versuchte, im Extremfall auch durch Selbstmord.

Eine Gesellschaft, in der die wahre Geschwisterlichkeit wegbricht, ist nicht zukunftsfähig, das heißt eine Gesellschaft, in der nur das »geben, um zu erhalten« oder das »geben aus Pflicht« existiert, ist nicht zum Fortschritt fähig. Das ist der Grund, warum weder die liberal-individualistische Sicht der Welt, in der alles (oder fast alles) Tausch ist, noch die auf den Staat zentrierte Sicht der Gesellschaft, in der alles (oder fast alles) Pflicht ist, sichere Orientierungspunkte sind, um jene Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Ausgrenzung überwinden zu können, in die unsere Gesellschaften heute verstrickt sind. Es geht darum, einen Ausweg aus der erdrückenden Alternative zwischen der Theorie des Neoliberalismus und der des Neoetatismus zu finden. Denn gerade weil die Aktivität der Märkte und die Manipulation der Natur, wenn beide von Egoismus, Gier, Materialismus und unlauterem Wettbewerb motiviert werden, zuweilen keine

Grenzen kennen, ist es dringend notwendig, auf die Ursachen solcher Missstände einzuwirken, vor allem im Finanzsektor, anstatt sich auf die Korrekturen ihrer Auswirkungen zu beschränken.

2. Ich möchte noch einen zweiten Aspekt ansprechen, und zwar den Begriff der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen. Für die ganzheitliche Entwicklung zu kämpfen, das bedeutet sich einzusetzen, um der Würde und der Freiheit der Personen mehr Raum zu schaffen: aber nicht nur im Sinn einer negativ, das heißt als Abwesenheit von Hindernissen, verstandenen Freiheit und auch nicht rein positiv verstanden als Wahlmöglichkeit. Hinzuzufügen ist die Freiheit »für«, das heißt die Freiheit, der eigenen Berufung zum persönlichen als auch sozialen Wohl nachzugehen. Im Mittelpunkt steht der Grundgedanke, dass Freiheit Hand in Hand geht mit der Verantwortung, das Gemeinwohl zu schützen und die Würde, die Freiheit und das Wohl der anderen so zu fördern, dass es die Armen, die Ausgeschlossenen und die kommenden Generationen einschließt. Diese Perspektive ist es, die es unter den aktuellen historischen Bedingungen erlauben würde, den für neue konzeptuelle Ansätze und Projekte notwendigen Konsens zu finden, da sie es möglich macht, unfruchtbare Auseinandersetzungen im kulturellen Bereich und schädliche Gegnerschaften auf politischer Ebene zu überwinden.

Innerhalb dieses Kontexts muss auch die Frage der Arbeit gesehen werden. Die Mängel der aktuellen Arbeitskultur sind mittlerweile mehr oder weniger allen klar geworden, auch wenn es keine übereinstimmende Ansicht im Hinblick auf den Weg gibt, der zu deren Überwindung führen könnte. Der von der kirchlichen Soziallehre aufgezeigte Weg beginnt bei der Feststellung der Tatsache, dass die Arbeit mehr noch als ein Recht eine Fähigkeit und ein ununterdrückbares Bedürfnis des Menschen ist. Es ist die Fähigkeit des Menschen, die Wirklichkeit zu verwandeln, um an Gottes Werk der Schöpfung und Erhaltung teilzuhaben und auf diese Weise konstruktiv an sich selbst zu arbeiten. Anzuerkennen, dass die Arbeit eine dem menschlichen Wesen eingeschriebene Fähigkeit und ein grundlegendes Bedürfnis ist, ist ein sehr viel stärkeres Argument, als zu sagen, dass sie ein Recht ist. Und zwar deswegen, weil – wie die Geschichte uns lehrt – Rechte ausgesetzt oder sogar verweigert werden können; Fähigkeiten, Kompetenzen und Bedürfnisse, wenn sie grundlegend sind, dagegen nicht.

In diesem Zusammenhang kann man auf die klassische Reflexion über das Handeln von Aristoteles bis Thomas von Aquin Bezug nehmen. In dieser Denkschule werden zwei Formen der Aktivität unterschieden: ein transitives Machen und ein immanentes Handeln. Während ersteres die Aktivität bezeichnet, mit der außerhalb von dem, der handelt, ein Werk hergestellt wird, bezieht sich letzteres auf ein Handeln, das sein letztes Ziel im handelnden Subjekt selbst hat. Ersteres verändert die Wirklichkeit, in der das handelnde Subjekt lebt; letzteres verwandelt den Handelnden selbst. Da es nun im Menschen keine derart transitive Aktivität gibt, dass sie nicht auch stets immanent ist, folgt daraus, dass die Person Priorität hat gegenüber ihrem Handeln und damit auch ihrer Arbeit.

Die erste Schlussfolgerung wird gut zum Ausdruck gebracht in der klassischen Formulierung

»operari sequitur esse«: Der Mensch entscheidet über das eigene Handeln, die Selbst-Schaffung ist Frucht der Selbst-Bestimmung des Menschen. Wenn die Arbeit nicht mehr Ausdruck des Menschen ist, weil er den Sinn seines Tuns nicht mehr versteht, dann wird die Arbeit zur Sklaverei; der Mensch kann von einer Maschine ersetzt werden.

Die zweite Schlussfolgerung stellt die Frage nach dem Begriff der Gerechtigkeit der Arbeit. Gerechte Arbeit ist eine Arbeit, die nicht nur eine faire Entlohnung sichert, sondern der Berufung der Person entspricht und daher in der Lage ist, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Gerade weil die Arbeit transformativ auf die Person wirkt, erhält der Prozess, durch den Waren oder Dienstleistungen produziert werden, sittlichen Wert. Mit anderen Worten, der Ort der Arbeit ist nicht bloß der Ort, an dem gewisse Elemente entsprechend festgelegten Regeln und Vorgehensweisen in Produkte verwandelt werden, sondern sie ist auch der Ort, an dem der Charakter und die Tugend des Arbeitenden sich bilden (oder sich verändern). Die Anerkennung dieser stärker personalistischen Dimension der Arbeit ist eine große Herausforderung, die noch vor uns liegt, auch in den liberalen Demokratien, wo die Arbeiter doch schon Beachtliches erreicht haben.

Schließlich darf ich die gravierenden Risiken nicht unerwähnt lassen, die mit dem Vordringen der Positionen eines libertären Individualismus in die höhere Ebene der Kultur und in die sowohl universitäre als auch die schulische Bildung verknüpft sind. Ein charakteristisches Merkmal dieses trügerischen Paradigmas ist, dass es das Gemeinwohl minimiert – das heißt das »gut leben«, das »gute Leben« im gemeinschaftlichen Rahmen – und dass es jenes egoistische Ideal verherrlicht, das irreführenderweise die Worte verdreht und das »schöne Leben« vorschlägt. Während der Individualismus sagt, dass allein das Individuum den Dingen und zwischenmenschlichen Beziehungen Wert verleiht und dass daher allein das Individuum entscheidet, was gut und was schlecht ist, verkündet der heute sehr populäre Libertarismus, dass man zur Begründung der Freiheit und der individuellen Verantwortlichkeit auf die Vorstellung der Selbstverursachung zurückgreifen muss. So negiert der libertäre Individualismus die Gültigkeit des Gemeinwohls, weil er einerseits annimmt, dass die Idee des »gemeinsamen« zumindest für einige Individuen Zwang bedeutet, und andererseits dass durch den Begriff des »Wohls«, des »Guten« die Freiheit ihres Wesens beraubt wird.

Die Radikalisierung des Individualismus in libertärer und daher antisozialer Hinsicht führt zur Schlussfolgerung, dass jeder das »Recht« hat, zu wachsen bis zu dem Punkt, wie es sein Potential erlaubt, auch um den Preis des Ausschlusses und der Ausgrenzung der schwächeren Mehrheit. Und so gilt: Weil Bindungen die Freiheit einschränken, müssen sie gelöst werden. Weil man irrtümlicherweise die Begriffe Bindung und Beschränkung gleichsetzt, verwechselt man letztendlich die Bedingungen der Freiheit – die Bindungen – mit dem Wesen der verwirklichten Freiheit, das heißt die Bindungen oder Beziehungen mit den Gütern, vom Gut der Familie, von den zwischenmenschlichen Beziehungen über das Wohl der Ausgeschlossenen und Ausgegrenzten und das Gemeinwohl bis hin zum höchsten Gut: Gott. Das 15. Jahrhundert war das Jahrhundert des frühen Humanismus, und zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird man sich

immer stärker der Notwendigkeit eines neuen Humanismus bewusst.

Damals war der Übergang vom Feudalismus zur modernen Gesellschaft die entscheidende treibende Kraft der Veränderung. Heute handelt es sich um einen ebenso radikalen Epochenwandel: der Wandel von der modernen zur post-modernen Gesellschaft. Das weitverbreitete Zunehmen sozialer Ungleichheit, die Frage der Migration, Identitätskonflikte, die neuen Formen der Sklaverei, die Umweltfrage, die Probleme der Biopolitik und des Biorechts sind nur einige der offenen Fragen, in denen die heutigen Nöte thematisiert werden. Angesichts dieser Herausforderungen reicht es nicht aus, alte Denkkategorien auf den neuesten Stand zu bringen oder auf ausgefeilte Methoden kollektiver Entscheidungsfindung zurückzugreifen: Man muss versuchen, neue Wege zu gehen, die von der Botschaft Christi inspiriert sind.

Die Aufforderung des Evangeliums: »Euch aber muss es zuerst um das Reich Gottes und um seine Gerechtigkeit gehen, dann wird euch alles andere dazugegeben« (Mt 6,33), war und ist immer noch eine neue Energie in der Geschichte, die danach strebt, Geschwisterlichkeit, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Würde für alle hervorzubringen. In dem Maße, in dem es dem Herrn gelingt, in uns und zwischen uns zu herrschen, werden wir am göttlichen Leben Anteil haben können und füreinander »Werkzeuge der Gnade werden, um die Liebe Gottes zu verbreiten und Netze der Nächstenliebe zu knüpfen« (Benedikt XVI., Enzyklika *Caritas in veritate*, 5). Das ist mein Wunsch, den ich an Sie richten möchte und den ich mit meinem Gebet begleite, damit der Akademie der Sozialwissenschaften niemals die lebenspendende Hilfe des Heiligen Geistes fehlen möge.

Indem ich Ihnen diese Reflexionen anvertraue, ermutige ich Sie, mit erneuertem Einsatz diesen Ihren wertvollen Dienst fortzusetzen, und verbunden mit der Bitte, für mich zu beten, segne ich Sie von Herzen.

Aus dem Vatikan, am 24. April 2017

Franziskus